

Workshop «Digitaler Service public»

29. und 30. April 2021

Persönliche Bemerkungen zum Workshop

Ich erlaube mir einleitend einige persönliche Bemerkungen zum Workshop. Der Workshop hat in der Tat gezeigt, dass es möglich ist, im kleinen Kreis online zu einem so komplexen Thema konstruktiv zu diskutieren. Das ist nicht selbstverständlich, wenn es um ein so komplexes und kontroverses Thema wie den Service Public geht. Aber die Ausgangslage war klar und auch präzise dargestellt. Hier geht es um den gesetzlichen Auftrag an die Grundversorgung. Auch die Herausforderungen an die traditionellen Service Public-Anbieter wurden rasch klar. Was das jedoch genau heisst für die gesetzlich definierte Grundversorgung und vor allem, was man jetzt tun soll, wurde noch nicht so klar und ist eben auch nicht. Klar ist, dass die Unternehmen – SRF, Post, Swisscom, SBB, Energieversorger – von der Digitalisierung herausgefordert werden, und zwar ziemlich grundlegend, und dass diese Herausforderungen ebenfalls die Grundversorgung tangieren. Klar ist ebenfalls, dass diese Unternehmen ihrerseits auf diese Herausforderungen reagieren, aber ihre Strategie betreffend digitalen Service sind noch nicht (immer) ausgereift (das war ja auch nicht das Thema des Workshops).

Der traditionelle, physische Service Public war vom Marktversagen her gedacht: der Staat musste dort einspringen, wo die Politik, auf Grund von Marktversagen, ein (Grund-)Versorgungsdefizit ausmachte. Im Prinzip sollte die Politik die das Marktversagen kompensierende Grundversorgung den Unternehmen abgelten, obschon das nicht immer der Fall ist. Das ist in der digitalen Realität nicht mehr automatisch so: viele digitale Dienstleistungen (Email, Medien, etc.) sind jetzt gratis, der Staat muss also nicht mehr bezahlen, bezahlen tun jetzt die Kundinnen/Bürgerinnen, und zwar mit ihren Daten. Das würde eher in Richtung Datenschutz gehen, aber ist das noch Grundversorgung? In jedem Fall kann der digitale Service Public nicht mehr ausschliesslich vom Marktversagen her definiert werden. Ich höre schon die Stimmen, die sagen, dass es in der digitalen Welt kein Marktversagen mehr gibt, und dass man deshalb Grundversorgung gar nicht mehr braucht ... aber das ist wahrscheinlich ein bisschen zu simplistisch.

Damit einher geht eine sektorielle versus sektorübergreifende Herangehensweise: die traditionelle, physische Grundversorgung war rein sektorieller Natur. Auf der digitalen Ebene hingegen werden die verschiedenen Sektoren zusammengeführt, sie konvergieren. Auf den sozialen Plattformen zum Beispiel findet sowohl Kommunikation wie auch Information statt; Mobilitätsplattformen vermischen die verschiedenen Transportmodi. Elektromobilität integriert sowohl Energie wie auch Transport. Deshalb muss eine noch zu definierende Grundversorgung in jedem Fall sektorübergreifend sein. Diese zu definieren wird uns zwingen, die öffentlichen Politiken ebenfalls sektorübergreifend zu denken, also Mobilitätspolitik, statt Strassen- oder Eisenbahnpolitik, zum Beispiel. Bevor man einen digitalen Service Public definieren kann, muss man sich jetzt wahrscheinlich zuerst klar werden, welche Mobilitätspolitik man verfolgt, um bei diesem Beispiel zu bleiben.

Die neue digitale Realität, also die neuen digitalen Plattformen oder eben auch die neuen Datenplattformen (hier reden wir übrigens schon von „Dateninfrastrukturen“, siehe die nationale



Zusammenfassung Workshop "Digitaler Service public" (BAKOM/EPFL 30.04.2021)

Dateninfrastruktur NaDIM) haben wahrscheinlich Infrastrukturcharakter. Diese sollte man deshalb zielführender als die neuen Infrastrukturen betrachten und den digitalen Service Public von dieser Infrastrukturperspektive her denken. Damit wären wir nicht mehr bei spezifischen Grundversorgungsleistungen (die der Markt nicht erbringt), sondern bei Infrastrukturen im (nationalen) öffentlichen Interesse, die Wirtschaft und Gesellschaft zugutekommen. Und dies führt uns direkt zu den Unternehmen, die diese neuen digitalen Infrastrukturen im öffentlichen Interesse betreiben (oder eben nicht): wer wären diese? Private Plattformen mit Grundversorgungsauftrag? Die traditionellen Infrastrukturunternehmen, die sich jetzt noch um eine digitale Infrastrukturschicht erweitern? Die Verwaltung selbst, wie das bei NaDIM angedacht ist? Oder noch etwas anderes?

Dies scheinen mir die drei Pisten zu sein, auf denen wir den digitalen Service Public weiterdenken sollen oder zumindest könnten.

Matthias Finger

Inhalt

1	Ausgangslage	4
2	Traktanden.....	4
3	Zusammenfassung Tag 1 – Thema Substitution.....	5
	3.1 Sektorielle Herausforderungen und Lösungsansätze	5
	3.2 Diskussion	6
4	Zusammenfassung Tag 2 – Thema Plattformisierung.....	8
	4.1 Sektorielle Herausforderungen und Lösungsansätze	8
	4.2 Diskussion	9
5	Anhang: Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	11

Zusammenfassung Workshop "Digitaler Service public" (BAKOM/EPFL 30.04.2021)

1 Ausgangslage

Das Bundesamt für Kommunikation BAKOM ist vom Bundesrat beauftragt, bis Mitte 2022 einen Bericht über den digitalen Service Public in den vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK regulierten Sektoren zu verfassen. Dabei ist von den bestehenden Service Public-Angeboten auszugehen und zu prüfen, ob und wie sich diese Angebote mit der Digitalisierung verändern, sie eventuell überflüssig werden oder neue Service Public-Bedürfnisse entstehen. Im Zentrum der Überlegungen steht die Frage, wo Handlungsbedarf zu verorten ist, sich das bestehende Angebot aufgrund der Digitalisierung verändern muss, was neue Service public-Aufgaben sind, bzw. werden könnten, und was es zu ihrer Umsetzung braucht. Insbesondere ist abzuklären, was die Rolle des Bundes bei einem allfälligen Aufbau und Betrieb von neuen, datenbasierten Infrastrukturen im Zusammenhang mit diesen Fragen sein sollte und ob es hier neuen Regulierungsbedarf gibt.

Zur Identifikation der Herausforderungen und von möglichen Antworten haben BAKOM und die EPFL einen online-Workshop am 29. und 30. April 2021 jeweils an den Vormittagen durchgeführt. Traditionelle Service Public Anbieter der Infrastruktursektoren und des Medienbereichs haben vorgestellt, wie die Digitalisierung ihre Dienstleistungen verändert hat und wie sie als Dienstleistungsunternehmen auf die Herausforderungen der Digitalisierung reagiert haben. Weitere Teilnehmer waren Stakeholder, insbesondere Repräsentant/innen der zuständigen Bundesämter, Regulatoren sowie Nutzende von Service Public Leistungen. Die Tage unterschieden sich hinsichtlich der Auswirkungen der Digitalisierung auf den traditionellen, physischen Service Public, nämlich einerseits der Service Public, der von der Digitalisierung substituiert (29.4.) und andererseits der Service Public, der von der Digitalisierung plattformisiert wird (30.4.), wobei zu bemerken ist, dass diese beiden Phänomene auch gemischt vorkommen können.

2 Traktanden

29. April 2021

09:00	Zielsetzung	Prof. Martin Vetterli, Präsident EPFL Bernard Maissen, Direktor BAKOM
09:10	Ausgangslage: zusammenfassende Präsentation des heutigen Service Public; wie ist die Grundversorgung in den verschiedenen Infrastruktursektoren und im Medienbereich in der Schweiz heute ausgestaltet?	
09:10	Briefpost, Paketpost und Zeitungen	Annette Scherrer, BAKOM
09:20	Radio und Fernsehen	Marcel Regnotto, BAKOM
09:30	Telekommunikation	Urs von Arx, BAKOM
09:40	Öffentlicher Verkehr	Regula Hermann, BAV
09:50	Energie	Nico Häusler, BFE
	Fragen	
10:15	Pause 15 Min.	
10:30	Herausforderungen der Digitalisierung und heutige Antworten darauf: Thema Substitution	
10:30	Briefpost, Zeitung	Martin Mägli, Post
10:40	Nationale Medien	David Elsasser, SRF
10:50	Mobilität	Christa Hostettler, Postauto
11:00	Moderierte Diskussion 35 Min.	Brenner/Finger
11:35	Pause 15 Min.	

Zusammenfassung Workshop "Digitaler Service public" (BAKOM/EPFL 30.04.2021)

11:55	Welche neuen Bedürfnisse nach möglichen digitalen Services Public-Leistungen, welche heute nicht abgedeckt werden?	
12:00	BAKOM: Postbereich	Annette Scherrer, BAKOM
12:10	BAKOM: Medien	Marcel Regnotto, BAKOM
12:20	BAV: Mobilität	Gery Balmer, BAV
12:30	Reaktion von AkademikerIn/ProfessorIn	Jean-Pierre Hubaux, EPFL
12:45	Moderierte Diskussion 30 Min.	Brenner/Finger
13:15	Ende	

30. April 2021

09:00	Zielsetzung, Einführung in den Tag	Prof. Martin Vetterli, Präsident EPFL Bernard Maissen, Direktor BAKOM
09:10	Herausforderungen der Digitalisierung und heutige Antworten darauf: Thema Plattformisierung	
09:10	ÖV	Luca Arnold, SBB
09:20	Paketpost	Stefan Regli, Post
09:30	Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU)	Daniel Schafer, ewb
09:40	Telekominfrastruktur	Martin Vögeli, swisscom
09:50	Domainnamen und ihre Sicherung	Martin Leuthold, Switch
10:00	Medien	Manuel Puppis, Uni FR
10:15	Moderierte Diskussion 30 Min.	Brenner/Finger
10:45	Pause 15 min.	
11:00	Welche neuen Bedürfnisse nach möglichen digitalen Services Public-Leistungen, welche heute nicht abgedeckt werden?	
11:10	BAV: ÖV	Gery Balmer, BAV
11:20	BAKOM: Postbereich	René Dönni Kuoni, BAKOM
11:30	BFE: Stromversorgung	Matthias Galus, BFE
11:40	BAKOM: Telekominfrastruktur und Domainnamen	Urs von Arx, Stéphane Bondallaz, Olivier Girard BAKOM
11:55	BAKOM: Medien	Marcel Regnotto, BAKOM
12:05	Reaktion von AkademikerIn/ProfessorIn	Eduard Bugnion, EPFL
12:20	Moderierte Diskussion 40 Min.	Brenner/Finger
13:00	Synthese, Diskussion, next steps	Sabine Brenner Matthias Finger Bernard Maissen
13:15	Ende des Workshops	

3 Zusammenfassung Tag 1 – Thema Substitution

3.1 Sektorielle Herausforderungen und Lösungsansätze

Brief- und Paketpost, Zeitungen: Die Erträge der Schweizerischen Post bei Postmail und Postfinance erodieren und können durch die Wachstumsraten im Paketgeschäft nicht kompensiert werden. Eine [Expertenkommission](#) soll Vorschläge zur Zukunft der Grundversorgung erarbeiten. Die Post setzt mit der Strategie [«Post von morgen»](#) auf effizienzsteigernde Massnahmen, wie Investitionen in den Bereichen Logistik und Kommunikation sowie auf Mitbenutzung von Poststellen durch Dritte. Trotzdem sind die Möglichkeiten zur Bewältigung der digitalen Herausforderungen begrenzt, weil

Zusammenfassung Workshop "Digitaler Service public" (BAKOM/EPFL 30.04.2021)

die Grundversorgung stets an physische Leistungen geknüpft ist. Als Vision möchte die Post ihr Kerngeschäft als vertrauenswürdige Beförderin von Informationen in die Zukunft tragen. Hier sieht sie die Chance, ihren Service public digital zu erweitern, so beim E-Patientendossier, und im E-Government, insbesondere als einzige Anbieterin für eine E-Voting-Plattform.

Elektronische Medien: Das Medienökosystem hat sich mit dem Aufkommen von finanzkräftigen Intermediären und Aggregatoren stark verändert. Davon ist auch der mediale Service public in der Schweiz betroffen, welcher zu einer funktionierenden Demokratie beiträgt. Die Unzahl an neuen Anbietern, die an der Wertschöpfung teilnehmen, schwächt seine Sichtbarkeit, die in der alten Medienwelt noch sichergestellt war (wg. "must-carry"-Regeln und weniger Konkurrenz). Dabei nehmen Fernmeldedienste, Kabelunternehmen, Gerätehersteller und Intermediäre Einfluss auf die Inhalte des Service public, indem sie diese priorisieren oder blockieren. Zudem profitieren sie von diesen Inhalten, da sie damit hohe Werbeerlöse und Kundendaten generieren, ohne sich an deren Finanzierung beteiligen zu müssen. Hinzu kommt, dass sich das Mediennutzungsverhalten gewandelt hat. Auf diversesten Geräten können zu beliebigen Zeitpunkten on-Demand Inhalte konsumiert werden. Das Publikum segmentiert sich stärker, da es individuell angesprochen werden will. Der Service public hat so immer mehr Mühe, v. a. sein jüngerer Publikum zu erreichen. Ein Teil der Jungen ist auch notorisch unterinformiert. Die SRF hat daher als Digitalisierungsstrategie [«SRF 2024»](#) gestartet, für die sich auch internationale Akteure interessieren.

Telekommunikation: Bei der Grundversorgung in der Telekommunikation, welche von der Swisscom gewährleistet wird, stehen die garantierten Bandbreiten für den Internetzugang im Fokus. Diese wurden periodisch erhöht, insbesondere aufgrund von politischem Druck, zuletzt auf 10 / 1 Mbit/s. Momentan wird über die Förderung von Hochbreitband ([16.306 Standesinitiative Kt. TI](#)) sowie die Forderung nach einer Erhöhung der Grundversorgungsbandbreite auf 80 Mbit/s ([20.3915 Mo. KVF-N](#)) diskutiert. Insgesamt geht die Entwicklung in Richtung Gigabit-Gesellschaft, in der digitale Gräben zu vermeiden sind. In der EU wird aktuell über die Garantie der Erreichbarkeit von öffentlichen Dienstleistungen diskutiert. Es könnte sein, dass die Schweiz in eine ähnliche Richtung geht.

Öffentlicher Verkehr: Im ÖV hat sich der Service public als Angebot für grosse Massen zwar bewährt, aber sich bei Digitalisierung und beim Innovationsfonds bisher nicht gross bewegt. Teilweise fehlen auch Subventionsmittel für Innovationen. PostAuto verfolgt innovative Lösungen, wie das selbstfahrende Auto, Publibike oder den Gepäckroboter. Gearbeitet wird auch an massgeschneiderten Angeboten und vernetzter Mobilität. PostAuto betrachtet die Digitalisierung nicht als disruptive, sondern inkrementelle Entwicklung. Das Unternehmen setzt Schwerpunkte im intelligenten Verkehrs- und Lademanagement und verfolgt entsprechende Projekte. Der Sprung von ein paar Versuchsladestationen zu einer flächendeckenden Versorgung ist allerdings gross. Aus Sicht von PostAuto braucht es eine Stelle, die das managt und überwacht. Für das BAV liegt eine grosse Herausforderung bei der Substituierung in der «last mile». In diesem Bereich seien für den ÖV Effizienzgewinne über individualisierte on-demand-Angebote in Randzeiten und in ländlichen Gebieten möglich. Hier stelle sich die Frage, ob die öffentliche Hand so eine über Raum und Zeit garantierte Dienstleistung anbieten möchte. In diesem Bereich sind auch kommunale und kantonale Zuständigkeiten (z.B. Taxibewilligungen etc.) betroffen.

Energie: Der Service public im Energiebereich betrifft den garantierten Zugang zum Stromnetz, die Nutzung zu angemessenen Tarifen sowie die Lieferung von elektrischer Energie. Ein Teil des Marktes ist für Grosskunden liberalisiert. Die kleineren Verbraucher beziehen nach wie vor im Rahmen der Grundversorgung Strom vom lokalen Anbieter zu regulierten Tarifen und können ihren Provider nicht wählen. Die geplante [Revision des StromVG](#) will diesen Markt öffnen und wird gemäss BFE politisch "sehr heiss umstritten" diskutiert. Der Ausgang ist ungewiss. Mit dem neuen Recht dürften alle Verbraucher in den Markt, die das wollen, aber ein Service public bleibt bestehen, indem kleinere Verbraucher weiterhin bei der regulierten Grundversorgung bleiben dürfen.

3.2 Diskussion

Marktversagen vs. Digitalisierung:

Öffentliche Hand vs. Private: Eine der traditionellen Legitimationen für den Service public ist die

Zusammenfassung Workshop "Digitaler Service public" (BAKOM/EPFL 30.04.2021)

Bereitstellung von Leistungen, wenn der Markt keine befriedigende Lösung zur Verfügung stellt. Daher kann man sich die Frage stellen, ob Digitalisierung zu einer besseren Marktversorgung führt; erst dann kann festgelegt werden, welche Instrumente geeignet sind, die Bedürfnisse zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund plädieren mehrere Teilnehmende dafür, im Bericht zuhanden des Bundesrates nicht nur die Frage zu behandeln, wo staatliche Leistungen Sinn machen, sondern auch, wo Räume für die Privatwirtschaft und Nährboden für neue Branchen in der Schweiz geschaffen werden können. Grundsätzlich kann Service public auch durch Private erbracht werden. Es ist zu fragen, was die Digitalisierung bewirken kann und deshalb sollte die Diskussion auch in diesem Bereich geöffnet werden.

Konsumentenperspektive, Rolle der bundesnahen Unternehmen: Ein anderer Ansatz wäre, den Service public immer aus der Konsumentenperspektive zu denken und zu überlegen, welche neuen Infrastrukturen für eine erfolgreiche digitale Schweiz künftig notwendig sein werden. Die Abstimmung über die E-ID beispielsweise habe gezeigt, dass solche Lösungen staatsnah zu gestalten sind. Aus dieser Perspektive betrachtet kommt den bundesnahen Unternehmen eine wichtige Rolle zu, da diese als vertrauenswürdige Schnittstelle zwischen Bürger, Unternehmen und Behörden agieren. Mehrere Teilnehmenden betonen, dass ohne Neudefinition des Service public für bundesnahe Unternehmen der Zugang zu neuen Geschäftsfeldern nicht garantiert sei. Es wird diskutiert, worin ein Mehrwert für den Bund bzw. die Schweiz bestehen könnte, wenn z. B. beim intelligenten Verkehrsmanagement ein bundesnaher Betrieb Ansprechpartner ist und nicht Google, dem dieses Feld dann überlassen würde. Betont wird auch, dass es im Bund ein Umdenken brauche, da Digitalisierung mit Risiken verbunden und der Bund risikoavers sei. Es sei zu fragen, wie mit diesem Dilemma umzugehen sei, wenn der Service public mal etwas in den Sand setzt. Für die Vertreter der Medienbranche ist die Frage nach Substitution durch die Digitalisierung zu kurzgefasst, denn es gehe primär darum, ein qualitativ hochstehendes, unabhängiges und ausgewogenes Informationsangebot aufrecht zu erhalten. Für die Produktion desselbigen gebe es keine Marktanreize. Bereits heute unterscheidet sich auch im Unterhaltungsbereich das Angebot von Privaten stark vom Service public.

Digitalisierung kann aber auch neue Herausforderungen bewirken, die der Markt nicht löst. Erwähnt wird das Beispiel von Uber, einem Unternehmen, das mittlerweile mit "Uber Eats" Mahlzeiten verteilt und so als Post- resp. Zustelldienst qualifiziert werden könnte. Uber unterlaufe so die Bedingungen des schweizerischen Arbeitsmarkts. Eine andere Nebenwirkung der Digitalisierung seien die Dumping-Preise bei den Transportkosten aufgrund des Online-Handels, welche die Umwelt belasten würden.

Kooperation vs. Konkurrenz: Es stellt sich die Frage, wie Kooperationsmodelle des Service public mit der Konkurrenz im Zeitalter der Konvergenz zu beurteilen sind. Für das BAKOM sind die Service public Unternehmen teilweise voneinander abhängig, wie die Post und die Telekomunternehmen. Im Mediensektor sind Kooperationen ein Mittel, um der Macht der Plattformen etwas entgegenzuwirken. Die SRG verweist auf die gut funktionierende Zusammenarbeit der SRG mit Swisscom wo die Inhaltekompetenz auf die Distributionskompetenz trifft. Das BAKOM erwähnt Medienkooperationen wie die "Login Allianz" und "Radioplayer". Auf Plattformen bedeute Aufmerksamkeit alles. Vielleicht sei deshalb "Coopetition" die Lösung.

Kostentreiber Service public. Das BAKOM weist darauf hin, dass der Service public auch in Zukunft nicht exklusiv den digitalen Kanal bespielen könne, sondern aufgrund seiner Universalität mehrkanalig fahren müsse, was entsprechend auch für hohe Kosten sorgen werde. Erfahrungsgemäss sei jedoch der Einfluss der Politik nicht zu unterschätzen, wenn es um die Aufrechterhaltung von Leistungen mit traditionellen Mitteln gehe. Für PostAuto fragt sich, ob der Bund bereit sei, in einen zukünftigen digitalen Service public von PostAuto zu investieren, denn der wahre Game Changer bei der Digitalisierung seien die digitalen Kompetenzen, die bei der zunehmenden Komplexität in hohem Ausmasse erforderlich und deshalb viel kosten würden. Das BAV weist darauf hin, dass bei on-demand-Angeboten im ÖV die finanzielle Diskussion in beide Richtungen gehen könne. Wenn dadurch Fahrten mit nicht vollen Transportfahrzeugen vermieden würden, seien Spareffekte möglich. Das BAKOM gibt zu bedenken, dass im Mediensektor der regionale Service public auch in der Hand von rund 50 KMU ist, die, vom Alltagsgeschäft absorbiert, keine Zeit für strategische Reflexionen haben. Häufig fehle es dort an Know-How und den nötigen Mitteln.

4 Zusammenfassung Tag 2 – Thema Plattformisierung

4.1 Sektorielle Herausforderungen und Lösungsansätze

Öffentlicher Verkehr: Die Digitalisierung fordert den Öffentlichen Verkehr (ÖV) in zweierlei Hinsicht: Bei der Produktion, um Effizienzgewinne zu erreichen, und beim Ticketvertrieb, wo es darum geht, das zukünftige physische Angebot und die Kundenschnittstelle zu definieren. Multimodale Mobilität allerdings geht über den ÖV hinaus und verlangt nach Standards und neuen Formen der Kooperation. Die sich stellenden Fragen sind also nicht nur technischer, sondern auch organisatorischer Art. Insbesondere wird zu beantworten sein, welche Rolle dem ÖV in den neuen Systemen zukommen soll. Einheitliche Standards sind insbesondere für einen offenen, gegenseitigen Datenaustausch von zentraler Bedeutung.

Paketpost und Logistikdienstleistungen: Der Beitrag der Logistik zur Wachstumsstrategie Post basiert auf zwei Stossrichtungen, nämlich der Stärkung des Kerngeschäfts und einem Wachstum in Verbindung damit bei der Güterlogistik, Branchenlösungen und digitalen Logistikplattformen. Die Post verfolgt dabei einen Ansatz, der von international über national bis zur «letzten Meile» Dienstleistungen anbietet und Bedürfnisse erfüllt. Durch den e-Commerce führt eine einfache Bestellung in Sekunden zu einem rasanten Paketwachstum. Die Post investiert deshalb bis 2024 über 1 Mrd. CHF in den Kapazitätsausbau der Paketlogistik. Aus der Perspektive der physischen Logistik besteht ein Graben Stadt/Land: Auf dem Land ist die Leistungserbringung häufig aufwändig und mit grösseren Logistikkosten verbunden. Eine tiefe Wettbewerbsintensität führt zu einer geringeren Angebotsvielfalt. Im internationalen Bereich schalten sich digitale Logistikplattformen als Intermediäre zwischen Kunden und Logistikanbieter, welche die Wahl der Logistikanbieter übernehmen. Potenziell verbleiben dadurch weniger interessante Sendungen vermehrt bei der Post.

Elektrizitätsversorgung: Am Beispiel von ewb wird aufgezeigt, wie der Service public eines Elektrizitätsunternehmens von der Digitalisierung betroffen ist. Zum einen läuft bis 2027 der Roll-out von Smart Metern; bis dahin sollen 80% der Kunden mit einem Smart Meter versorgt sein. Smart Meter können Daten betreiberunabhängig zugänglich machen und sind die Grundlage einer optimierten Steuerung der Energieversorgung. Zum anderen müssen Energieversorger sich in grössere digitalisierte Systeme wie Building Information Management BIM integrieren, und das über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes hinweg. Schliesslich soll die Digitalisierung auch unter einer betriebswirtschaftlichen Perspektive dazu beitragen, das eigene Business zu optimieren. Die Entwicklung in den nächsten Jahren geht in Richtung Liberalisierung des Gas- und Strommarkts. Die Steuerung/Regelung der Verteilnetze muss auf eine Optimierung von Verbrauch und dezentraler Produktion ausgerichtet werden. Mit zunehmender Elektromobilität wird dabei die Vor-Ort-Speicherung ein wichtiges Thema. Derzeit scheinen sich die bekannten Plattformen für den Energiesektor noch nicht zu interessieren.

Telekominfrastruktur: Die Telekommunikationsnetze stellen das Rückgrat der Digitalisierung dar. Die Grundversorgung ist das staatliche kontrollierte Angebot für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz. Sie umfasst die Telefonie, einen Internetzugang mit 10 Mbit/s., sowie den Vermittlungsdienst in Gebärdensprache. Von allen 2,8 Mio. Kundenanschlüssen entfallen auf den Grundversorgungsbereich 10'000 Anschlüsse oder 0.36%. Für die Swisscom ist die Grundversorgung kein Instrument zum Investitions- und Netzausbau und eignet sich daher nicht für einen Ausbau der Versorgung mit Hochbreitband. Die Swisscom plädiert dafür, die Übertragungsraten von 10 Mbit/s. auch weiterhin schweizweit über die Grundversorgung zu garantieren; dies wird auch zukünftig ohne zusätzliche finanzielle Abgeltung möglich sein. Innerhalb der Bauzone sieht sie die Möglichkeit, für Kunden (Privat- und Geschäftskunden) einen gesetzlichen Anspruch auf einen Hochbreitbandanschluss von 80 Mbit/s. einzuführen. Ausserhalb der Bauzone, wo ein rentabler Netzausbau nicht möglich ist, erachtet sie ein staatlich finanziertes Förderprogramm für notwendig, wenn auch dort Übertragungsraten von 80 Mbit/s. verfügbar sein sollen.

Zusammenfassung Workshop "Digitaler Service public" (BAKOM/EPFL 30.04.2021)

Domainnamen und ihre Sicherung: Das Domainnamensystem DNS für die Top Level Domain .ch ist eine der kritischen Basisinfrastrukturen für die Digitalisierung in der Schweiz. Kontinuierliche Anstrengungen im Sicherheitsbereich sind nötig, um die permanente Verfügbarkeit dieser kritischen Infrastruktur zu gewährleisten. Die Entwicklungen in diesem Bereich zeichnen sich häufig durch eine hohe Dynamik und Unvorhersehbarkeit aus. Deshalb ist es unabdingbar, das DNS selbst sicher zu machen, Missbräuche zu bekämpfen und Nutzerinnen und Nutzer zu sensibilisieren. Zudem fördern neue Internetarchitekturen wie [SCION](#) die Sicherheit des Internets in der Schweiz und können dazu beitragen, dass unser Land einen internationalen Spitzenplatz in der Digitalisierung einnimmt.

Medien: Je jünger eine Person in der Schweiz ist, desto wichtiger sind für sie statistisch betrachtet Newsites und Social Media als Nachrichtenquelle. Dazu gehört sowohl das online Angebot von traditionellen Medienunternehmen wie auch von Plattformen, die selber keine publizistischen Inhalte produzieren, aber die Öffentlichkeit beeinflussen. Aufgrund von Netzwerkeffekten sind hier starke Monopolisierungstendenzen zu beobachten. Die Plattformen moderieren publizierte Inhalte, was je nach politischem Kontext nicht unproblematisch ist. Durch eine laufende algorithmische Selektion werden individualisierte Inhalte zur Verfügung gestellt, was die Wahrnehmung beeinflusst. Auch die Werbung verlagert sich ins Internet, die Medienbranche als Ganzes gerät dadurch unter massiven Druck. Zudem erhalten Radio und Fernsehen durch Streaming-Dienste wie Netflix oder Spotify neue Konkurrenz. Die Printmedien reagieren auf diese Entwicklungen mit der Errichtung von Paywalls und/oder versuchen ihre Reichweite zu vergrössern. Die SRG und weitere audiovisuelle Medien bauen eigene Streamingdienste auf. Ausserdem sind Neugründungen auf sprachregionaler Ebene und Community-Projekte zu beobachten. Aufgrund dieser Entwicklungen wird politischer Handlungsbedarf bei einer Verbesserung der strukturellen Bedingungen für die publizistische Produktion geortet, der eine moderne Interpretation des Service public zugrunde liegt. Diese umfasst auch die Produktion für eine nicht-lineare Nutzung und eine Personalisierung der Angebote. Für das BAKOM soll der Service public eine Vielfalt der Medienlandschaft und unabhängige Medien garantieren. Während dieser bisher durch Inhalte definiert war, stellt sich nun auch die Frage der Distribution. Unter anderem aus diesem Grund fördert das [Massnahmenpaket zugunsten der Medien](#) auch Online-Medien, Kooperationen und Innovationen in diesem Bereich.

4.2 Diskussion

Daten und internationale Aspekte: Eine Querschnittsaufgabe eines digitalen Service public könnte es sein, den diskriminierungsfreien Zugang zu qualitativ hochstehenden authentisierten Daten (in Echtzeit) und deren sichere Übertragung zu gewährleisten. Aufgrund seiner Vertrauenswürdigkeit und Dauerhaftigkeit hat der Staat in diesem Zusammenhang wahrscheinlich eine Rolle zu übernehmen. Bei diesem Themenkomplex spielt auch die internationale Abstimmung eine grosse Rolle, nicht zuletzt im Bereich Standardisierung und Interoperabilität, denn die Infrastrukturen der Schweiz sind mit denjenigen der uns umgebenden Länder verbunden. Was die persönlichen Daten anbelangt, bauen verschiedene europäische Länder auf das Konzept der Self Sovereign Identity zur Identifizierung, welches für die Schweiz eventuell als Ersatz für das an der Urne gescheiterte Gesetz zur E-ID in Frage kommt. Wie gross der Einfluss des US Cloud Act auf die Bedeutung von Daten im Zusammenhang mit dem Service public in der Schweiz ist, konnte nicht abschliessend ausdiskutiert werden.

Digitale Transformation: Die SAB setzt sich dafür ein, physische wie digitale Dienstleistungen von ihren Kunden oder Konsumenten her zu denken. Ein Teilnehmender stellt fest, dass der blosser Ersatz von A-Post oder Fax durch eMail nicht wirklich sinnvoll sei. Gute digitale Dienstleistungen haben keine Analogie im physischen Bereich (Bsp. Swiss Covid App). Gleichzeitig sei es für ihn kein Weg, im öffentlichen Bereich zukünftig alles nur noch digital anzubieten, es brauche immer auch einen analogen Weg. Die ETHZ stellt die Idee in den Raum, über eine Plattform ausrechnen zu lassen, wie Personen aufgrund ihrer Positionsdaten am einfachsten resp. schnellsten zusammengebracht werden können. Das Gleiche wäre denkbar für die Zustellung von Post und Paketen.

Kooperation: Gemäss mehrerer Voten hat die öffentliche Verwaltung noch einen weiten Weg vor sich, wenn es um das Niederreissen von Silos und Kooperation gehe (Bsp. Impfstatistiken in der Schweiz). Mehrfach wird erwähnt, dass es nicht einsehbar sein, dass bundesnahe Unternehmen sich gegenseitig zu konkurrenzieren versuchten. Unter der strategischen Führung des Bundes müsse es mehr

Zusammenfassung Workshop "Digitaler Service public" (BAKOM/EPFL 30.04.2021)

Kooperation dieser Unternehmen geben. Die SAB spricht sich dafür aus, auch in den Regionen mehr Zusammenarbeit einzufordern. Das BAV weist darauf hin, dass in den Diskussionen um eine Dateninfrastruktur Verkehr die Kantone bisher weitgehend fehlten. Die SRG findet, dass Kooperationen in digitalen Ökosystemen absolut zentral seien. Es müsse jedoch auch definiert werden, wie mit Minderheitsinteressen umgegangen werde.

Zusammenfassung Workshop "Digitaler Service public" (BAKOM/EPFL 30.04.2021)

5 Anhang: Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Organisation	Name	Vorname
Bundesamt für Energie BFE	Galus	Matthias
Bundesamt für Energie BFE	Häusler	Nico
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Dönni Kuoni	René
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Scherrer	Annette
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	von Arx	Urs
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Bondallaz	Stéphane
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Girard	Olivier
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Regnotto	Marcel
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Gerber	Oliver
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Garovi	Lorenzo
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Maissen	Bernard
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Brenner	Sabine
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Schneider	Thomas
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Eichin	Andrin
Bundesamt für Verkehr BAV	Balmer	Gery
Bundesamt für Verkehr BAV Bundeskanzlei BK / DTI	Herrmann Milan	Regula Alexandre
Büro für Konsumentenfragen BFK ComCom digitalswitzerland economiesuisse EDA	Gehrig Teufel Kulling Lanz Jauslin	Matthias Stephanie Sébastien Kurt Carl
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV	Schley	Frank

Zusammenfassung Workshop "Digitaler Service public" (BAKOM/EPFL 30.04.2021)

EMEK	Jarren	Otfried
EMEK	Jobin	Anna
EPFL	Vetterli	Martin
EPFL	Bugnion	Edouard
EPFL	Hubaux	Jean-Pierre
EPFL-C4DT	Crochat	Olivier
EPFL-C4DT	Finger	Matthias
ETHZ	Perrig	Adrian
EWB	Schafer	Daniel
Gemeindeverband	Niederberger	Christoph
Gewerbeverband	Huber	Mikael
Nationales Zentrum zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken NCSC	Suter	Manuel
Post	Mägli	Martin
Post	Regli	Stefan
Postauto	Hostettler	Christa
PostCom	Göx	Robert
SBB	Arnold	Luca
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete SAB	Egger	Thomas
SRG	Elsasser	David
SRG	von Manteuffel	Gert
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO	Bochud	Sarah
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO Städteverband	Scheidegger Flügel	Eric Martin
Stiftung für Konsumentenschutz	Jucker	Lucien
swico	Djonova	Ivette
swisscom	Vögeli	Martin
Switch	Leuthold	Martin
Syndicom	Hügli	Daniel
Université de Fribourg	Puppis	Manuel
Verband öffentlicher Verkehr VöV	Stückelberger	Ueli